



Informationszeitung an alle  
Bürgerinnen und Bürger

DIE LINKE. Fraktion in der BVV  
Marzahn-Hellersdorf

Mai 2015



**DIE LINKE.**  
Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

[www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)

## Inhalt

Soziales und Wohnen	02
Beteiligung und Verwaltung	03
Willkommen in Marzahn	04
Stadtentwicklung	05
Vielfältige Kultur	06
Ökologie und Freizeit	07
Links wirkt	08

## FAQ: BA und BVV?

Die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) sind die Parlamente der Berliner Bezirke. Sie werden alle fünf Jahre gewählt - zuletzt 2011. Die BVV-Wahlen finden zeitgleich mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. In Marzahn-Hellersdorf sind derzeit 54 Bezirksverordnete Mitglied in der BVV.

Das Bezirksamt (BA), quasi die Regierung im Bezirk, wird nach Stärke der Fraktionen besetzt. Die Mitglieder des BA werden von der BVV gewählt. An der Spitze des Bezirksamtes steht eine Bezirksbürgermeisterin oder ein Bezirksbürgermeister, der oder die sich die verschiedenen Fachbereiche des BA mit vier weiteren Stadträt\*innen teilt.

Mit 19 Bezirksverordneten stellt DIE LINKE die stärkste Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf. Unsere Stadträtinnen Dagmar Pohle (Abteilung Gesundheit und Soziales) und Juliane Witt (Abteilung Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur) tragen im Bezirksamt Verantwortung.

Zusammen streiten wir für ein lebens- und liebenswürdiges Marzahn-Hellersdorf für alle.

## Mitbestimmung!

In Marzahn-Hellersdorf sind unterschiedliche Formen der Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiger Bestandteil bezirklicher Politik. Und das schon lange bevor sie zum Gesetz wurden. Zu diesen Formen gehören die regelmäßige Bürgerfragestunde zu Beginn der BVV-Sitzung, Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen sowie der Bürgerhaushalt. Für uns LINKE sind diese Beteiligungsformen nicht nur spannende Veranstaltungen, um die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirkes zu Wort kommen zu lassen, sondern programmatische Pflicht. Immer wieder neue Wege zu finden, Menschen vor Ort an den Entscheidungen, die sie betreffen, mitwirken zu lassen und wenn möglich auch selbst entscheiden zu lassen, ist Teil unseres Selbstverständnisses einer Bürgerkommune.

Auch in dieser Wahlperiode konnten wir einen Beschluss der BVV erwirken, dass regelmäßige Einwohnerversammlungen in allen Stadtteilen durchgeführt werden. Doch dann kam der Sinneswandel im durch die SPD geführten Bezirksamt. Mitte 2013 wurde dort der Beschluss gefasst, keine weiteren regelmäßigen Versammlungen mehr durchzuführen. Stattdessen sollten die Stadträt\*innen sich „freiwillig“ selbst verpflichten, „bei Bedarf“ Einwohnerversammlungen durchzuführen. Bei dieser Absichtserklärung blieb es dann weitgehend auch.



Seitdem fanden offiziell nur selten und zumeist auf einen Antrag hin Einwohnerversammlungen statt. Weder die angekündigte Veranstaltung zum Thema Kleingärten im Biesenhorst (Biesdorf), noch die des Bezirksbürgermeisters zum Thema Freibad wurde einberufen. Auch eine von der BVV beschlossene Versammlung zur Ortsumfahrung Ahrensfelde fand bisher nicht statt. Die Linksfraktion ist davon überzeugt, dass viele Bürgerinnen und Bürger eher mehr als weniger direkte Gespräche, Informationen und Beteiligungsformen wünschen. Frühzeitige Information und wenn möglich Partizipation darf nicht freiwillig, sondern muss für die bezirkliche Politik Pflicht sein. Daher haben wir Ende 2014 erneut einen Antrag gestellt und waren erfolgreich. Die BVV hat kürzlich beschlossen, die Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen wieder aufzunehmen. Ein genauer Terminplan wird derzeit erarbeitet. Ist dies wieder ein plötzlicher Sinneswandel bei SPD, CDU und Bündnisgrünen? Wenn ja, dann hat Druck von LINKS gewirkt!

**Bjoern Tielebein**  
Fraktionsvorsitzender

## Vor 70 Jahren: Marzahn wird befreit!

Am 21. April 1945 erreichte die 5. Stoßarmee der ersten ukrainischen Front unter N. E. Bersarin die heutige Bezirksgrenze von Marzahn-Hellersdorf. Eine Gedenktafel am ersten befreiten Haus in der Landsberger Allee und die nach Bersarin, dem späteren ersten Stadtkommandanten von Berlin, benannte Brücke über die Wuhle erinnern daran.

Es ist eine gute Tradition, dass wir Jahr für Jahr an diesem Tag und an diesem Ort an die Befreiung vom Hitlerfaschismus erinnern und der Millionen Opfer gedenken. Die Rote Armee musste einen hohen Blutzoll zahlen, um ihr Land vom nationalsozialistischen Aggressor zu befreien. Auch die Schlacht um Berlin kostete noch vielen tausenden Rotarmist\*innen das Leben. Wir ehren sie auch am 8. Mai an den sowjetischen Ehrenmalen auf dem Friedhof am Wiesenburger Weg und in der Brodauer Straße in Kaulsdorf.

Angesichts der nunmehr seit drei Jahren gegen Flüchtlingsunterkünfte in Permanenz durchgeführten Neonaziaufmärsche in Hellersdorf und in Marzahn wären Geschichtsvergessenheit und nachlassender Widerstand unverzeihlich.

**Norbert Seichter**

## Schreiben Sie uns!

Linksfraktion in der BVV  
Marzahn-Hellersdorf

Helene-Weigel-Platz 8  
12681 Berlin

Tel.: 030 54431890  
Fax: 030 54431891

[kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](mailto:kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)

[www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)

[www.facebook.com/  
LinksfraktionMarzahnHellersdorf](https://www.facebook.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf)



Gedenkveranstaltung am 21. April 2015 am  
„Haus der Befreiung“ in der Landsberger Allee 563



## Mietpreisbremse mit wenig Wirkung

Bundesregierung und Berliner Senat haben verschiedene Gesetze und Verordnungen erlassen, um weiterhin steigenden Mieten – vor allem in Ballungsräumen – Einhalt zu gebieten. Die Mietpreisbremse, die noch in diesem Jahr kommen soll, ist so ein Instrument. Die Mieten dürfen bei Neuvermietung nur noch um 10 % steigen. Ob Marzahn-Hellersdorf davon profitiert ist ungewiss: Die Länder können selbst festlegen, welche Gebiete als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt gelten.

Bei den meisten Neubauvorhaben entsteht nicht genügend preiswerter Wohnraum. Im Bezirk gibt es bisher nur ein Bauvorhaben, bei dem Gelder aus dem neuen Berliner Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau angefordert wurden. Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, einen Schufa-Eintrag haben oder Geringverdienende sind, haben es immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu bekommen. Durch steigende Mieten werden sozial Benachteiligte aus den Innenstadtbezirken verdrängt. In Marzahn-Hellersdorf führt das zu einem deutlichen Zuzug von Empfänger\*innen von Sozialleistungen. Obwohl die durchschnittlichen Mieten hier immer noch unter dem Berliner Durchschnitt liegen, ist die Anzahl bezahlbarer Wohnungen nur noch sehr gering. Der Leerstand bei den Wohnungsbaugesellschaften liegt bei 2 bis 5 %. Diese Entwicklungen führen auch in unserem Bezirk zu einer angespannten Situation für Wohnungssuchende.

In den letzten Jahren entstanden vor allem Ein- und Zweifamilienhäuser sowie altersgerechte Wohnkomplexe bzw. Mehrgenerationenhäuser. Von den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften plant bisher nur die „Stadt und Land“ in Biesdorf Mehrgeschosshäuser zu bauen. Um sich den sozialen und demografischen Herausforderungen zu stellen, fordern wir im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Priorität für mehrgeschossigen Wohnungsbau.

Renate Schilling, Frank Beiersdorff

## Altersarmut im Bezirk bekämpfen!

Für gut 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland steigen zum 1. Juli 2015 die Renten in den ostdeutschen Bundesländern um 2,5 % und in den westdeutschen Bundesländern um 2,1 % an. Allerdings beträgt der aktuelle Rentenwert Ost nach der diesjährigen Anpassung noch immer nur 92,6 % des Westwertes. Damit ist die Angleichung der beiden Rentenwerte auch



Dagmar Pohle ist Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales

nach mehr als 25 Jahren nicht erreicht und es gibt nach wie vor politischen Handlungsbedarf. Außerdem darf nicht übersehen werden, dass die Renten im Zeitraum von 2003 bis 2013 wegen der Kürzungsfaktoren deutlich hinter der Lohnentwicklung zurückgeblieben sind und langfristig die Zukunft der Rente auf heutigem Niveau durchaus gefährdet ist. Aufgrund der Alterung der Gesellschaft stehen in den kommenden Jahren immer mehr Rentner\*innen immer weniger Einzahler\*innen in die Rentenkassen gegenüber. Im aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Armut bei den Rentner\*innen und Pensionär\*innen seit 2006 um 47,5 % gestiegen sei. Mit 14,3 % liegt die Armutsquote bei den Senior\*innen noch gut einen Prozentpunkt unter der der Gesamtbevölkerung.

Auch in unserem Bezirk sind wir mit steigenden Zahlen der Empfänger\*innen von Grundsicherungsleistungen konfrontiert. Ein Fakt, der auf die nicht ausreichende Rente zur Lebenssicherung hinweist. In

den letzten Jahren vor dem Eintritt in die Rentenphase arbeitslos oder gar langzeitarbeitslos gewesen zu sein oder allein lebend zu sein, schränkt die finanziellen Spielräume weiter ein.

In den nächsten Wochen werden mehr als 10.000 Menschen über 50 Jahre in unserem Bezirk angeschrieben und gebeten, Auskünfte zu ihrer Lebenslage und zur Lebensweise, zu ihren Zufriedenheiten, Lebensmaßstäben, sozialen Erwartungen sowie Sorgen und Ängsten zu geben. Damit können sich diese Bürgerinnen und Bürger auf unterschiedlichen Politikfeldern aktiv einbringen und auf bezirkliche Entscheidungen Einfluss nehmen. Die kommunale Politik kann daraus Handlungsaktivitäten, die sich auf die Situation der Menschen in ihrem Stadtbezirk auswirken, ableiten. Die Einbeziehung der sich noch nicht im Ruhestand befindlichen Altersgruppen gilt der Analyse von künftigen Anforderungen an die Senior\*innenpolitik. Der Bezirk gewinnt somit einen ca. 10- bis 15-jährigen Vorlauf für die bezirkliche Altenplanung.

Dagmar Pohle

## Leerstehende Schulgebäude reaktivieren!

Die Zahl der Schüler\*innen in Marzahn-Hellersdorf wird in den nächsten Jahren deutlich steigen. Die vorhandenen Schulplätze werden bei Weitem nicht ausreichen, um den steigenden Bedarf zu decken. Marzahn-Hellersdorf braucht dringend weitere Schulgebäude.

Das Bezirksamt hat die Entwicklung steigender Schüler\*innenzahlen verschlafen. Im Schulentwicklungsplan für die Jahre 2013 bis 2017 wird deutlich, dass zusätzliche Schulplätze geschaffen werden müssen. Der zuständige SPD-Stadtrat will das jedoch durch „zeitweise Abweichung von Orientierungswerten“ und einzelne temporäre Schulerweiterungsbauten bewerkstelligen. Übersetzt bedeutet dies eine massive Überbelegung der Schulen. An Grundschulen müssen somit alle Unterrichtsräume auch für die Nachmittagsbetreuung genutzt werden. Eine Raumgestaltung, die sich an die Bedürfnisse

insbesondere junger Grundschulkindern anpasst, ist damit nicht möglich. Die Fraktion DIE LINKE sagt: Gute Bildung braucht Raum und kann nicht in vollgestopften Klassenzimmern stattfinden! Die derzeit vielerorts errichteten modularen Ergänzungsbauten sind keine zufriedenstellende Lösung des Problems. Sie sind nur für einen begrenzten Zeitraum nutzbar und werden als Ergänzung an bestehenden Schulstandorten aufgestellt. Dies führt zur Entwicklung von wenigen großen Schulen mit sehr vielen Schüler\*innen, anstatt zu wohnortnahen Schulen mit kurzen Wegen für die Kinder. Da der Neubau von Schulen einen sehr langen Planungsvorlauf benötigt, fordert die Linksfraktion, die Reaktivierung ehemaliger Schulstandorte zu prüfen. So kann kurzfristig und wirtschaftlich effektiv der Überbelegung von Schulgebäuden begegnet werden. An vielen Orten der Stadt werden derzeit Gebäude entkernt, von

### Ein \* für die Gleichstellung

Wir wollen alle Menschen direkt ansprechen und setzen daher zwischen die männliche und weibliche Form das sogenannte Gender-Sternchen. Es handelt sich um eine Methode aus der Geschlechterwissenschaft und soll verdeutlichen, dass damit alle Menschen jedes Geschlechts gemeint sind.

Grund auf saniert und für eine neue Nutzung hergerichtet. Dies muss auch für die leerstehenden ehemaligen Schulgebäude in Marzahn-Hellersdorf geprüft werden. Der lange Planungsvorlauf eines Neubaus ließe sich so vermeiden. Im Bezirk gibt es derzeit drei komplett leerstehende Gebäude, welche nach Sanierungsmaßnahmen wieder für den Schulbetrieb geeignet wären. In der BVV-Sitzung im März antwortete der Schulstadtrat auf unsere große Anfrage hin, dass das Bezirksamt keine konkrete Kosten-Nutzen-Rechnung für die betreffenden Standorte im Bezirk vornehmen wird. Die leerstehenden Gebäudekomplexe an der Elsenstraße und am Havelländer Ring seien für Wohnbebauung geplant.

Dass neue Wohnungen auch weitere Schulkinder mit sich bringen, bleibt unberücksichtigt. Die Linksfraktion fordert das Bezirksamt auf, endlich zu handeln und eine konkrete Kalkulation für die Wiedereinrichtung ehemaliger Schulgebäude aufzustellen. Die Finanzierung könnte zeitnah über die vom Senat zur Sanierung von Schulen vorgesehenen zusätzlichen Investitionsmittel erfolgen. Sarah Fingarow



Das Schulgebäude am Havelländer Ring macht einen traurigen Eindruck

## Für eine Bürgerkommune Marzahn-Hellersdorf!

In unserem Bezirk leben seit dem Jahr 2014 fast 257.000 Bürgerinnen und Bürger. Sie verlangen zu Recht, dass durch die Bezirksverwaltung die öffentliche Daseinsvorsorge – bei Kitas, Schulen und Ämtern – gewährleistet wird. Wir haben uns dafür ausgesprochen, Marzahn-Hellersdorf als „Bürgerkommune“ weiterzuentwickeln. Das heißt, die Verwaltungen so umzubauen, dass sie näher an den Bürger\*innen dran sind. Dazu gehören unter anderem die Finanzierung von Stadtteilzentren, die finanzielle Ausstattung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und die Weiterführung des Bürgerhaushaltes.

Während sich DIE LINKE für den Ausbau der Bürgerämter einsetzt, tendieren SPD und CDU eher zu einem weiteren Abbau. Das Bürgeramt in Mahlsdorf wurde durch das Votum letztgenannter Parteien bereits geschlossen. Des Weiteren gibt es Vorstellungen, hier weitere Einschnitte vorzunehmen.

Hinzu kommt die schlechte Personalausstattung in den Bezirken. Das Personalabbaukonzept des Berliner Senates, welches allein für Marzahn-Hellersdorf den Wegfall von 175 Stellen vorsieht, ist die Ursache. Die rot-schwarze Bezirkskoalition hat deshalb gegen den Widerstand der LINKEN die kommunalen Jugendfreizeitstätten in freie Trägerschaft übertragen und frei gewordene Stellen nicht wieder besetzt. Im Bezirk fehlen nach Einschätzung der Verwaltung insgesamt 96 Stellen, um die dringendsten Aufgaben überhaupt erfüllen zu können. Wenn wir hier noch handlungsfähig bleiben wollen, dann ist ein Strategie- und Paradigmenwechsel unbedingt erforderlich. Mittlerweile hat auch die SPD-Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf dieses

Problem erkannt und mit uns in einem überfraktionellen Antrag beschlossen, 39 Stellen im Bezirk auszuschreiben und zu besetzen. Bis diese Stellen besetzt sind, werden allerdings noch bis zu zehn Monate vergehen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter\*innen der Verwaltung liegt bei 55 Jahren. Viele davon werden bald in den Ruhestand gehen. Die bisherigen



Stellenausschreibungen zeigen, dass auch Fachkräfte fehlen.

Ebenso desolat sieht es bei dringend notwendigen Investitionen aus. Ohne Not werden von SPD und CDU jährlich 1,45 Millionen Euro nicht in beispielsweise Schulsanierungen investiert, sondern für den Schuldenabbau eingesetzt. DIE LINKE hat bei den Beratungen zum Haushalt immer wieder klar gemacht, dass in Anbetracht der vielen Baustellen die Kürzung von Investitionsmitteln der falsche Weg ist. Die Ausstattung der Bezirksverwaltung mit den notwendigen Haushalts-

mitteln wird immer weiter begrenzt. Zwar hat der Bezirk in den letzten Jahren massiv gespart und Schulden abgebaut, für den Senat spielt das aber offenbar keine Rolle. Stattdessen sollen weitere Kürzungen vorgenommen werden und der sogenannte Schuldenabbau vorangetrieben werden, egal ob Schulen verfallen oder Spielplätze geschlossen werden müssen.

Die Haushaltszuwendungen bei der Pflege und Instandhaltung der bezirkseigenen Gebäude und Immobilien berücksichtigen nicht ausreichend den hohen Sanierungsbedarf, die gestiegenen Preise und die notwendigen Bedarfe für eine bürgernahe Verwaltung. Wir treten auch weiterhin für die Finanzierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur unseres Bezirkes ein. Unter diesem Aspekt sind wir auch zu vielen Kompromissen bereit. Aber es bleibt dabei: Eine Bürgerkommune muss auch angemessen finanziert werden!  
**Klaus-Jürgen Dahler**

## Der Bürgerhaushalt 2016/2017 – Ergebnisse und Perspektiven

Viele Menschen haben mit ihrer Teilnahme am Bürgerhaushalt in diesem Jahr wieder die Möglichkeit ergriffen, Vorschläge einzubringen, die den Bezirk lebenswerter machen sollen. Wir danken ausdrücklich allen Beteiligten, die zur erfolgreichen Umsetzung des Bürgerhaushaltsverfahrens beigetragen haben. Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf will aber auch, dass der Bürgerhaushalt konkrete Ergebnisse zur Folge hat. Dies war in den vergangenen Jahren selten der Fall, denn viele Vorschläge warten immer noch auf ihre Umsetzung.

Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dass alle Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt ernst genommen, geprüft und ggf. umgesetzt werden. Nach dem aktuellen Verfahren werden nur die bestbewerteten Vorschläge vom Bezirksamt geprüft und in den Ausschüssen der BVV behandelt. Dies hat zur Folge, dass hun-

derte Vorschläge „umsonst“ eingebracht wurden und es allein den Fraktionen in der BVV obliegt, daraus eigene parlamentarische Initiativen zu entwickeln. Wir brauchen also mehr Verbindlichkeit und Transparenz! Unsere Fraktion schlägt daher vor, den Bürgerhaushalt künftig auf das gesamte Jahr auszudehnen und das neue Verfahren so zu gestalten, dass Vorschläge – kategorisiert nach Aufwand (finanziell und planerisch) und Adressat (Bezirk, Land) – unterschiedliche Vorschlagswege gehen.

Vorschläge, die sich auf die unmittelbare Aufwertung von Kiezen beziehen und durch kleine, aus dem laufenden Bezirksbudget finanzierbare Maßnahmen umgesetzt werden können, sollten künftig vor Ort in den Stadtteilen von demokratisch gewählten Bürgerjurys bewertet werden. Größere Projekte, die der Bezirk aus dem Haushalt finanzieren kann, sollten in regelmäßigen Abständen in die

BVV überwiesen, dort beraten und abgestimmt werden. Über große Investitionen, die der Bezirk nicht aus dem laufenden Haushalt finanzieren kann, sollten – wie bisher – alle Bürger\*innen abstimmen können.  
**Kristian Ronneburg**



### Ein Bürgerhaus für Mahlsdorf-Süd

Die Linksfraktion hatte sich bereits im Jahre 2011 mit einem Antrag für die Einrichtung eines Bürgerhauses für Mahlsdorf-Süd eingesetzt. Zur Umsetzung dieses Projektes wurde Anfang 2012 auf Initiative unserer Verordneten Dr. Heinrich Niemann und Eberhard Roloff der Bürgerverein Mahlsdorf-Süd gegründet. Das Bürgerhaus soll zu einem Treffpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger werden, die sich bei Kulturveranstaltungen und in vielseitigen Zirkeln treffen und betätigen wollen. Gegenseitiges Kennenlernen, über den Gartenzaun schauen, in der Gemeinschaft neue Ziele und Aufgaben entdecken und ein solidarisches Miteinander pflegen, sollen hier die Lebensqualität verbessern. Das Bürgerhaus soll zu einer neuen Ortsteilidentität für Mahlsdorf beitragen und bürgerschaftlichem Engagement ein Zuhause bieten.

In diesem schnell wachsenden Teil des Bezirkes ist ein Bürgerhaus besonders wichtig. Nur so kann die Bürgerkommune wachsen. Die bezirkliche Verwaltung hat das Projekt in die Investitionsplanung für die Jahre 2018/2019 aufgenommen. Jetzt beginnt der schwierigere Abschnitt: Die möglichst zügige Realisierung der Errichtung des Hauses und danach die Inbesitznahme durch alle Menschen in diesem liebenswerten Teil des Siedlungsgebietes.

Die Wunschadresse für das Bürgerhaus ist der Durlacher Platz. Das Bezirksamt prüft derzeit noch, ob dieses Grundstück zur Verfügung steht. Vorstellbar wäre auch, im Erdgeschoss eine Kita einzurichten. Die obere Etage soll mit einem Veranstaltungsraum für bis zu 150 Personen Platz für Vereine und die Kommunalpolitik zur Verfügung stellen. Auch ein Computerraum, ein Café sowie Beratungs- und Sporträume sind geplant.  
**Eberhard Roloff**





## Ein Laden für den Kiez – das „LaLoka“ in Hellersdorf

Es ist ruhiger geworden um die Unterkunft für Geflüchtete in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße. Dazu beigetragen hat auch ein kleiner unscheinbarer Laden auf dem Boulevard Kastanienallee – das „LaLoka“. Dieses Kürzel steht für LadenLokal. Ein Name, der gerade beim Entstehungsprozess dieses berlinweit einzigartigen Projektes immer wieder als Arbeitstitel verwendet wurde und letztlich geblieben ist.

Unter den Unterstützer\*innen der Geflüchteten entstand 2013 die Idee eines festen Stützpunktes vor Ort, eines Raumes von und für Geflüchtete. Mit tatkräftiger Unterstützung der Sozial- und Gesundheitsstadträtin Dagmar Pohle und einer äußerst aufgeschlossenen Wohnungsgesellschaft gelang es, einen Laden zu bekommen und diesen mit Leben zu füllen. Der Verein „Hellersdorf hilft e.V.“ und die studentische Initiative „grenzen\_weg“ betreiben nunmehr seit fast neun Monaten das „LaLoka“. Der Andrang ist groß: Das Internetcafé, eine wöchentliche Wohnungsberatung und die Freiräume zum Verweilen werden von vielen Geflüchteten der nahegelegenen Unterkunft gern genutzt.

Sabine Schwarz

## Khaled Davrisch: Eine Fluchtgeschichte von vielen

**K**haled ist 28 Jahre alt und stellvertretender Bürgerdeputierter im Integrationsausschuss der BVV Marzahn-Hellersdorf. Er arbeitet als Gesundheits- und Krankenpfleger bei Vivantes in Reinickendorf. 2001 kam Khaled mit seiner Familie, die in Syrien als Kurden politisch verfolgt wurden, nach Deutschland. Dem Mitarbeiter der Linksfraktion Thomas Braune erzählt er seine Fluchtgeschichte:

**Thomas:** Warum wollte deine Familie weg aus Syrien?

**Khaled:** Mein Vater war in Syrien politisch aktiv. Er engagierte sich für die Rechte der Kurden im Nordosten des Landes. Für das Assad-Regime sind die Kurden schon immer ein Störfaktor gewesen. Mein Vater wurde oft verhaftet, geschlagen und erpresst. Hinzu kam, dass er als Staatenloser in Syrien lebte, keine Rechte hatte und nur geduldet war. Auch die Ehe mit meiner Mutter war nicht anerkannt.

**Thomas:** Wolltet ihr überhaupt nach Deutschland kommen?

**Khaled:** Natürlich wollte meine Familie nicht weg aus ihrer Heimat. Irgendwann konnte mein Vater die Repressionen und die Gefahren für unsere Familie – ich habe noch drei Brüder und vier Schwestern – aber nicht mehr hinnehmen. Nach Deutschland kamen wir eher zufällig. Das war so nicht geplant. Mein Vater wollte einfach nur, dass wir irgendwo in Europa in Sicherheit leben können.

**Thomas:** Wo kamt ihr dann in Deutschland zunächst unter?

**Khaled:** Wir sind anfangs in Braunschweig gelandet. Dort sagte man uns, wir sollten nach Berlin gehen. Unser Asylantrag wurde zunächst abgelehnt. Wir legten Widerspruch ein und waren dann immer nur auf Zeit geduldet. In Berlin kamen wir zuerst in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Motardstraße am Siemensdamm unter. Dort hatten wir ein Zimmer für fünf Leute – meine Mutter, drei meiner Geschwister und

ich. Mein Vater und meine anderen Geschwister wurden in ein Heim nach Dorsten geschickt. Sechs Jahre lang lebten wir getrennt von ihnen und konnten sie aufgrund der Residenzpflicht insgesamt nur sechs Mal besuchen. Die Reisekosten mussten wir auch selbst tragen. Nicht einfach, wenn man von etwas über 100 Euro im Monat leben muss, und arbeiten dürfen meine Eltern nicht. Nach drei Monaten kamen wir dann in ein Wohnheim in der Schwarzkopfstraße. Das war schon besser. Wir hatten eine Wohnung mit zwei Zimmern, Küche und Bad.



Khaled Davrisch ist stellvertretender Bürgerdeputierter im Integrationsausschuss

**Thomas:** Wie ging es dann weiter? Konntest du zur Schule gehen?

**Khaled:** Ja, ich besuchte drei Monate eine Integrationsklasse und kam dann in die neunte Klasse einer Realschule. Deutsch zu lernen war schwierig für mich. Die Lehrer waren wenig motiviert und fast jeder in der Klasse sprach eine andere Sprache. Das Abitur konnte ich nicht machen, weil ich immer nur geduldet war. Und die Duldung wurde für maximal sechs Monate vergeben. So konnte ich nur eine schulische Ausbildung als Elektriker in einer speziellen Klasse für Geflüchtete und Migrant\*innen mit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt machen. Nach zwei Jahren hatte ich aber keine Lust mehr auf diese Ausbildung.

**Thomas:** Was hatte das für Konsequenzen?

**Khaled:** Mir wurden Gelder gekürzt. Ich hatte aber Glück, dass ich an einen sehr guten Berater geraten bin, der mir dann eine Maßnahme zur Aufnahme einer Pflege Tätigkeit vermittelt hat. Diese Maßnahme wurde über das Bridge-Projekt von der EU gefördert. 2007 bewarb ich mich damit dann bei Vivantes für eine Ausbildung.

**Thomas:** Du bist mittlerweile deutscher Staatsbürger und hast eine Ausbildung zum Krankenpfleger gemacht. Wie verlief der Weg dorthin?

**Khaled:** Im Jahre 2007 bekam ich endlich eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Und kurz nach Beginn der Ausbildung wurde ich eingebürgert. Zunächst wurde meine Einbürgerung zwei Mal abgelehnt, und das, obwohl ich den Ausbildungsplatz schon hatte. Da ist auch oftmals Willkür im Spiel. Bei Vivantes gab es 20 Ausbildungsplätze speziell für Migrant\*innen.

**Thomas:** Fühlst du dich mittlerweile wohl in Deutschland?

**Khaled:** Ja, auf jeden Fall. Ich bin hier angekommen, bin Staatsbürger, beherrsche die Sprache, habe eine eigene Familie und einen Job. Mein Vater hatte es da schwerer. Er ist Analphabet. Viele seiner Generation, die in Syrien in der Landwirtschaft tätig waren, haben es schwer, sich in Deutschland zurechtzufinden. Die Kinder lernen viel schneller die Sprache. Deswegen sollte auch alles getan werden, dass sie hier in Deutschland ankommen und eine Perspektive bekommen. Das geht aber auch nur, wenn ihnen nicht immer mit Abschiebung gedroht wird.

Ein Problem gibt es aber noch: Die Ehe mit meiner Frau wird nicht anerkannt, und das nur, weil ich keine Geburtsurkunde habe. Und natürlich gibt es auch immer wieder mal Anfeindungen: So wurde ich aufgrund meines Aussehens beschimpft und auch schon geschlagen.

## Asylrecht ist Menschenrecht

### Zahlen und Fakten zum Thema Flucht und Asyl in Marzahn-Hellersdorf

**D**as Recht auf Asyl ist seit dem 10. Dezember 1948 als grundlegendes Menschenrecht in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen verankert. Deutschland hat sich im Grundgesetz dazu verpflichtet, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Dieser Pflicht muss Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt nachkommen und Menschen in Not Schutz bieten. Gegenwärtig stellen Menschen aus dem Kriegsgebiet Syrien die größte Gruppe der Asylsuchenden.

Asylsuchende werden in Deutschland auf die einzelnen Bundesländer nach dem „Königsteiner Schlüssel“ verteilt.

Dieser wird auf Basis der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Bundesländer jährlich neu berechnet. Im Jahr 2015 muss das Land Berlin danach 5 % aller Asylsuchenden aufnehmen und unterbringen. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGESo) ist dafür verantwortlich. Die Bezirke sind gesetzlich dazu verpflichtet, geflüchteten Menschen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, Kinder in Kitas und Schulen unterzubringen und für Sozialhilfe aufzukommen. Dazu werden Gelder vom Land bereitgestellt.

Von den mehr als 15.000 Flüchtlingen und Asylsuchenden in Berlin lebt über die Hälfte (8.500) in Wohnungen (Stand:

2013). Die Linksfraktion unterstützt diesen Ansatz. Aufgrund der Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt, ist die Unterbringung in Wohnungen aber oft nicht möglich. Auch die Gemeinschaftsunterkünfte sind teilweise bereits überbelegt, was dazu führt, dass viele Geflüchtete in Hostels unterkommen müssen. Derzeit leben etwa 640 Asylsuchende in Marzahn-Hellersdorf – lediglich 0,25 % der im Bezirk lebenden Bevölkerung. Durch den berlinweiten Vergleich ist der Bezirk verpflichtet, weitere 400 Flüchtlinge auf-

zunehmen. Der Senat hat es in der Vergangenheit versäumt, Möglichkeiten zur Unterbringung in Wohnungen zu schaffen. Nun wird notgedrungen eine Gemeinschaftsunterbringung in Marzahn entstehen.

Die Zahl der Menschen, die aufgrund von Verfolgung und Diskriminierung Asyl in Deutschland ersuchen, wird weiter steigen. Der Bezirk muss sich darauf einstellen. Wir setzen uns deshalb für eine menschenwürdige Unterbringung und eine Willkommenskultur ein.

#willkommeninmarzahn

# Ein Bürgersaal für den Helene-Weigel-Platz!

Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Wolf R. Eisentraut – dem Architekten des Kinos Sojus

Der leuchtend weiße Saalbau mit dem einladenden gläsernen Foyer ist ein beliebter Treffpunkt der im Umkreis wohnenden Bürger und ihrer Gäste. Neben den Handelseinrichtungen am Helene-Weigel-Platz gibt es wieder einen kulturellen Mittelpunkt, der in die Nachbarschaft ausstrahlt. Vielerlei Veranstaltungen bereichern das Leben und ermöglichen interessante Begegnungen.



Täglich wird etwas geboten, von Vorführungen besonderer Filme über Konzerte, Kabarett, Lesungen, Talkrunden, Vorträgen bis hin zu Versammlungen der Bürger und Tagungen. Dafür gibt das Haus einen angemessenen räumlichen Rahmen. In wechselnder Abfolge laden Ausstellungen von Werken Berliner Künstler und künstlerischer Arbeiten Marzahner Schüler ein. Die Cafeteria im Foyer lädt zum Cappuccino oder feinem Eisbecher, abends zu einem Glas Sekt.

Wie, Sie haben diesen Ort geistiger und fröhlicher Erbauung noch nicht gesehen? Unzählige Male sind Sie vorbeigelaufen. Aber man kann ihn wirklich nicht finden, er versteckt sich noch im ruinösen ehemaligen Kino Sojus.

Er lebt aber schon in den Köpfen aktiver Bürger und verantwortungsvoller Verordneter und Politiker, die im Rahmen der jüngst verstärkten öffentlichen Diskussion zu diesem Haus Position beziehen und nach Lösungen suchen. Und er lebt mit konkreten Bildern im Kopf des Architekten. Ich erinnere mich gerne an die Entstehungszeit, in der wir – ein politisches Ereignis und dessen Zielstellung ausnutzend – außerplanmäßig den Marzahnern im neuen Meer der Platten zu einem Kulturbau verhelfen konnten.

Aber nicht die Geschichte ist maßgebend, auch nicht die häufig vorgetragenen positiven Erinnerungen von Anwohnern an das Erleben guter Filme, an Jugendweiherveranstaltungen oder an das erste zaghafte Knutschen im verdunkelten Saal. Nein, die Frage ist heute: Wird der Verlust einer beliebten Kultureinrichtung durch weiteren Verfall besiegelt oder hat man die Kraft, mittels Instandsetzung und neuer Nutzungskonzeption den Traum Wirklichkeit werden zu lassen?

Gerade in Marzahn sind in letzter Zeit nicht unerhebliche Verluste an baulichen Hüllen für kulturelle Aktivitäten – ich erinnere an verlorene Bibliotheken und an die ohne Not abgerissene Galerie M – zu beklagen. Es scheint höchste Zeit, diese Entwicklung aufzuhalten. Hier hat man eine standsichere Baukonstruktion, einen großräumigen Saal – ein Ensemble, für dessen adäquate Neuerrichtung derzeit und in naher Zukunft weder Mittel noch Veranlassung bestehen. Die räumliche Hülle bedarf nur der Instandsetzung. Der Aufwand hält sich in Grenzen, wenn man den einfachsten funktionssichernden



Prof. Dr. Wolf R. Eisentraut war an vielen Bauten im Bezirk beteiligt

Standard ansetzt. Nachdem das Gespenst eines Ersatzbaus für einen überflüssigen Einzelhandelsmarkt erfreulicherweise vertrieben worden ist, eröffnet sich eine neue Chance.

Dazu müssen jetzt vordringlich die Eigentumsverhältnisse und Erwerbsmöglichkeiten geklärt, Nutzungskonzepte und

## 2007: Filmriss

Eröffnet wurde das Kino Sojus (übersetzt: Vereinigung, Union) am 30. April 1981. Der Name des Kinos – gelegen an der Allee der Kosmonauten – erinnert an die sowjetischen bzw. russischen Raumschiffe. Deshalb auch der rote Stern über dem „j“ im Logo. Das damals einzige Kino im Bezirk Marzahn war in den 1980er Jahren sehr beliebt. Nach der Wende erwarb die Ufa dieses Filmtheater. Im Herbst 1999 wurde es durch eine Hamburger Billigkino-Kette übernommen. Im Frühjahr 2007 wurde das Gebäude zwangsversteigert und ist seit 17. Oktober 2007 geschlossen. Die Nachbarschaftsinitiative KulturOrtSojus sucht nach einer Zukunft für das „Sojus“.

Betreibermodelle erstellt, schließlich die Instandsetzungskosten ermittelt werden. Ferner sollte auch der städtebauliche Rahmen einer neueren Betrachtung unterzogen werden, um möglicherweise aufkommendes Investoreninteresse in stadträumlich nützliche Bahnen zu lenken. Das freie Feld zwischen den Hoch- und Wohnhäusern, derzeit als Parkplatz genutzt, kann als Hinterhof des Helene-Weigel-Platzes keine Attraktivität entwickeln. In der täglichen Nutzung zeichnet es sich durch Unwirtlichkeit aus; besonders die Querung vom Fußgängertunnel aus bietet ein schauerliches Erlebnis. Solchem wäre leicht abzuwehren, würde man vom Durchgang zwischen Rathaus und Springpfeilpassage vorbei am Gesundheitszentrum eine attraktive Fußgängerverbindung, flankiert von wenigen Gebäuden des kleinteiligen Handels und ebensolcher Dienstleistung und Gastronomie (anstelle der Provisorien), bis zur Apotheke und eben zu dem eingangs dargestellten leuchtenden Kulturwürfel Sojus und weiter in das Gebiet der Südspitze entwickeln. Eine höchst wirksame Aufwertung des gesamten Gebietes! Leider ist diese naheliegende Variante in den vorliegenden Untersuchungen des Stadtplanungsamtes nicht enthalten. Sojus wird auch mit Bündnis übersetzt. Ein Bündnis der Bürger, der Politik und der Verwaltung kann das Sojus retten!

**Wolf R. Eisentraut**

## Zur Person

Der gebürtige Chemnitzer Wolf Rüdiger Eisentraut studierte an der TU Dresden Architektur. Seit den frühen 1970er Jahren konzipierte er prägende Gebäude in Marzahn: das Rathaus am Helene-Weigel-Platz, das Freizeitforum Marzahn oder die Ringkolonnaden. Seit 1991 betreibt Eisentraut ein Architektur- und Planungsbüro.



## Nördliche Ringkolonnaden erhalten und entwickeln!

Die Marzahner Ringkolonnaden waren einst das Einkaufs- und Kulturzentrum in der Mehrower Allee. Diese Zeiten sind lange vorbei. Die südlichen Ringkolonnaden, die angrenzende Post sowie die Kaisers-Kaufhalle wurden abgerissen. Der noch erhaltene nördliche Teil der Ringkolonnaden fristet im Stadtteil seitdem ein Schattendasein, auch aufgrund der Konkurrenz durch das benachbarte „Plaza Marzahn“.

Dringend notwendige Investitionen in das Objekt wurden in den letzten Jahren nicht getätigt. Auch seit der Abgabe des Objekts durch den Bezirk Marzahn-Hellersdorf Anfang 2014 an den Liegenschaftsfonds des Landes Berlin (jetzt BIM – Berliner Immobilienmanagement GmbH) hat sich nichts getan. Viele Räumlichkeiten im Komplex der noch erhaltenen nördlichen Ringkolonnaden stehen seit Jahren leer und das im Stadtraum baulich hervorstechende Gebäude droht zusehends zu verfallen. Viel zu lange blieb der Zustand des architektonisch einzigartigen Bauwerks unbeachtet. Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen in der BVV hat sich die Linksfraktion für eine überfraktionelle Initiative zum Erhalt der nördlichen Ringkolonnaden eingesetzt. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf soll nun mit dem Berliner Senat ein Konzept erarbeiten, um die Ringkolonnaden zu einem Standort für Gewerbe, Kultur und Gesundheit entwickeln zu können.

Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf lehnt einen möglichen Abriss der noch erhaltenen nördlichen Ringkolonnaden ab. Wir wollen gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern und der BIM als Grundstücksverwalterin Pläne entwickeln, wie wir aus den Ringkolonnaden ein Schmuckstück für unser Quartier an der Mehrower Allee machen können. Gerade der Bürgerhaushalt 2016/2017 hat gezeigt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor mit den Ringkolonnaden identifizieren und großes Interesse am Erhalt und der Entwicklung des Gebäudekomplexes haben. Noch im Sommer 2015 wird die Linksfraktion zu einem ersten Bürgergespräch zur Zukunft der Ringkolonnaden einladen.

**Kristian Ronneburg**



Historische Aufnahme: Der Kinosaal des Sojus in seinem ursprünglichen Zustand



## DIE LINKE ehrt Ingeborg Hunzinger

Am 3. Februar 2015 wäre die Bildhauerin Ingeborg Hunzinger 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass legten u.a. Vertreter\*innen des Heimatvereins, der Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf, die LINKE-Kulturstadträtin Juliane Witt, Verordnete unserer Fraktion und viele andere vor dem Freizeitforum Marzahn (FFM) Blumen nieder. Zum Ensemble des Freizeitforums gehören auch drei antifaschistische Werke Ingeborg Hunzingers: „Die Geschlagene“, „Die sich Aufrichtende“, beide von 1985, und „Der sich Befreiende“ aus dem Jahr 1991.

Das Bezirksamt unseres Nachbarbezirks Treptow-Köpenick ehrte Ingeborg Hunzinger im Februar mit einer Ausstellung in der „Galerie Alte Schule“. In Rahnsdorf lebte und arbeitete Ingeborg Hunzinger über 50 Jahre lang. Dort schuf sie all jene Skulpturen, die auch an anderen Stellen in unserem Bezirk prominent vertreten sind, so z.B. „Die Sinnende“ im Schlosspark Alt-Biesdorf (1980).

Die Aufnahme von Ingeborg Hunzinger in die Liste der Frauen, nach denen künftig in Marzahn Straßen und Plätze benannt werden sollen, ist im Bezirk allerdings umstritten. Hunzingers Enkelin Julia Franck hatte in ihrem Roman „Rücken an Rücken“ mit der Figur der „Käthe“ ihrer Großmutter ein alles andere als schmeichelhaftes literarisches Denkmal gesetzt. Verordnete von CDU und SPD wollen die Gelegenheit vorüberziehen lassen, anlässlich ihres 100. Geburtstages einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Im Bezirk Treptow-Köpenick gibt es diese Bedenken nicht. Dort wird eine Straße nach ihr benannt.

Das Kulturforum Hellersdorf erinnert im Mai mit einer Ausstellung an Ingeborg Hunzinger. DIE LINKE wird sich mit einer eigenen Veranstaltung zu Leben und Werk Hunzingers im Rahmen der Ausstellung beteiligen. Zum Todestag der Künstlerin am 19. Juli wird eine Tafel an den Skulpturen vor dem FFM in den Platz eingelassen werden. Dazu werden wir ein kulturelles Programm organisieren. Hunzingers Skulpturen, ihre Kunst und ihr Wirken, sind für diesen Bezirk prägend und identitätsstiftend. Das wird bleiben, dafür steht DIE LINKE. **Olaf Michael Ostertag**

## Marzahn ist KULT!

Mit dem Bild der Plattensiedlung, die farblos und massenhaft den Raum prägt, sind noch viele Besucher\*innen, die Marzahn noch gar nicht kennen, bewappnet, bis sie merken: Es ist grüner und vielfältiger als gedacht.

wundervolle Aufführungen wie das Konzert des Jugendsinfonieorchesters der Musikschule, aber auch die Donnerstagskonzerte der Bands aus dem ORWOhaus gezeigt, was für ein Potenzial das Gelände bietet. Natürlich gibt es auch Auf und



Juliane Witt ist Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur / Bild: Klaus Teßmann

Vielen ist wenig bewusst, dass es auch hier Kulturorte gibt, die das Potenzial zu mehr in sich tragen.

Überraschungsort im letzten Jahr war die Alte Börse in der Beilsteiner Straße. Bislang unbekannt, weil unerreichbar. Inzwischen aber ist aus dem ehemaligen Magerviehhof, der vielen selbst aus der Umgebung nicht bewusst war, durch das Engagement von Peter Kenzelmann und Team ein spannender Kommunikationsort geworden. Mit der Eröffnung am 9. Mai 2014 wurde der Große Saal eingeweiht: Junge Menschen aus unserem Bezirk eroberten die Bühne. Seitdem haben

Ab, musste erst einmal experimentiert werden, wie viel Freiraum das Gelände und die neuen Nachbar\*innen zulassen, welche Formate passen und welche Handwerker\*innen und Künstler\*innen wirklich zum Standort und zueinander passen.

Ein weiteres Experiment ist das Alternative Kulturzentrum Kudapo. Hier, im Norden Hellersdorfs, sind schon seit Jahren Jugendliche dabei, das selbstverwaltete Haus zu führen, politische Arbeit und Projekte mit Geflüchteten zu koordinieren und Konzerte und Kunstprojekte zu organisieren. Während in der Innenstadt

Clubs geschlossen werden, ist scheinbar am Rande der Stadt noch Platz. Doch auch hier ist das Ruhebedürfnis der meist älteren Bewohner\*innen ein Faktor, der z.B. die erfolgreichen Musikfestivals wie Rock im Grünen einschränkt. Aus diesem Grund sind die Macher\*innen vom ORWOhaus ganz froh, dass der große eher unscheinbare Betonblock erst beim Hineingehen die faszinierenden Spielräume sichtbar und hörbar werden lässt. Dieses Jahr ist der 10. Geburtstag und das beste Geschenk hat sich das Team mit dem neuen Gartenbereich gemacht. Ein guter Einstieg in die Vorbereitung zur IGA 2017, denn auch dann werden die alternativen Kulturorte aus Marzahn-Hellersdorf eine wichtige Rolle spielen. Bunt, kreativ und ganz anders als gedacht.

Mit der monatlichen Kulturberatung in der Alten Börse hat das Culture Coaching Team in Marzahn eine Lücke geschlossen. Jeden letzten Donnerstag im Monat sind Projektleiterin Caroline Vieten und ihre Teamkolleg\*innen jetzt ab 15 Uhr zur offenen Sprechstunde im ZEITGUT in der Alten Börse, Haus 22. Ab 16:30 Uhr gibt es dann Beratungstermine nach vorheriger Absprache. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich zu Fragen der Kulturprojekte, zu Fördermitteln und zu Unterstützungspartnerschaften beraten zu lassen. Das Culture Coaching ist finanziert durch das Land Berlin und für die Kulturakteure aus Marzahn-Hellersdorf kostenfrei. Anmeldung von Terminwünschen bitte an [vieten@wetek.de](mailto:vieten@wetek.de).

**Juliane Witt**

Weitere Informationen unter:  
[www.alte-boerse-marzahn.de](http://www.alte-boerse-marzahn.de)  
[www.orwohaus.de](http://www.orwohaus.de)

## Für den Erhalt des Hauses der Befreiung

Am 21. April 1985 wurde die „Gedenkstätte 21. April 1945“ im Haus an der Landsberger Allee 563 eröffnet. Das Gebäude erinnerte mit einem lokalen Geschichtskabinett an die Befreiung Berlins durch die Rote Armee, die am 21. April 1945 auf der Landsberger Allee nach Berlin einrückte. Das Haus verblieb nach 1989/90 im Eigentum des Bezirks Marzahn. Seit Mai 1991 arbeitet die Marzahner Erziehungs- und Familienberatung (EFB) im „Haus der Befreiung“, das weithin sichtbar mit dem Wandbild „21. April 1945“ sowie den Inschriften „Pobeda“ („Sieg“) und „na Berlin“ („über Berlin“) an den Tag der Befreiung erinnert.

Im November 2014 wurde bekannt, dass das Dach des Gebäudes womöglich einsturzgefährdet ist und die EFB ausziehen müsse. Der Auszug wurde mittlerweile jedoch verschoben. Die Linksfraktion beantragte in der BVV-Sitzung im Dezember 2014 die Sanierung des Gebäudes, um den Standort für die Beratungsstelle zu sichern und den Gedenkort „Haus der Befreiung“ zu erhalten. Die Aufgabe des Hauses würde nicht nur den Abbruch von Beziehungen in der Arbeit mit Hilfesuchenden in unserem Bezirk bedeuten,

sondern auch einen historischen Verlust für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf und ganz Berlin darstellen.

Auch die SPD und CDU folgten unserer Argumentation, dass der Gedenkort erhalten werden muss. Sie sind aber nicht dazu bereit, entsprechende Sanierungsmittel aus finanziellen Mitteln des Landes Berlin – beispielsweise über das Programm „Infrastruktur der wachsenden Stadt“ (SIWA) – zu beantragen, um

das Haus zu sanieren. Dementgegen versprach der zuständige SPD-Stadtrat in der April-Sitzung der BVV, sich beim Land für Sanierungsmittel einzusetzen. Es bleibt zu hoffen, dass den Worten auch Taten folgen werden. Die Zukunft des „Hauses der Befreiung“ ist nach wie vor ungewiss. Gerade angesichts des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus darf der Bezirk die Entsorgung von Geschichte nicht zulassen. **Kristian Ronneburg**



## Das Wuhletal – Herausforderung und Chance durch die IGA 2017

Das Wuhletal ist der längste zusammenhängende Grünzug Berlins. Es bietet vielfältige Möglichkeiten, Natur zu erleben, ist aber auch Ziel für Naherholungssuchende sowie Bindeglied zwischen den Bezirksteilen – insbesondere den Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf.

Im Jahr 2017 findet die IGA auch im Wuhletal, rund um Kienberg und Wuhleteich, statt. Die Baustellen dort weisen auf dieses Ereignis hin und erfordern von allen, die dort spazieren, wandern oder laufen wollen, viel Geduld, Verständnis und manchen Umweg. Die IGA 2017 wird viele nationale und internationale Gäste anziehen und auch weitere Berliner\*innen auf das Wuhletal aufmerksam machen. Die Chance für die heimische Wirtschaft – z.B. für die bisher noch wenig entwickelte Gastronomie – aber auch interessante „grüne“ Projekte deuten sich an, die infolge der IGA oder als Synergieeffekte entstehen: von der Umweltbildung über die Beweidung von Flächen im Wuhletal bis zum sogenannten Urban Gardening. Am Hang des Kienbergs werden Streu-



obstwiesen zurückgewonnen, man hofft auf die Rückkehr der Zauneidechse. Menschliche Eingriffe führten in den letzten 150 Jahren zu mehrfachen Überformungen der Landschaft rund ums Wuhletal. Zu den massiven Überformungen am Wuhletal gehören z.B. die einstigen Wallberge und späteren Trümmer- und Schuttberge wie die Ahrensfelder Berge, der Kienberg und die Biesdorfer Höhe. Zwischenzeitlich sind diese durch meist standortfremde, schnell wachsende Gehölze zugewuchert. Eine Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, dort, wo möglich, im Sinne von Nachhaltigkeit natürliche Potenziale wiederherzustellen oder neu zu erschließen. Auch im Interesse des Klimaschutzes und der natürlichen Artenvielfalt. Auf dem Kienberg bietet die IGA nun die Möglichkeit zur Wiederherstellung offener, naturnaher Waldstruk-

turen. Vom „Gipfel“ des Kienbergs können dann die Marzahn-Hellersdorfer\*innen und Besucher\*innen bald wieder einen Fernblick über die Stadt und hinaus in die Barnimer Landschaft genießen. Es gibt aber Dinge, die von der IGA nicht zu leisten sind. Dazu gehören die Weiterführung der Renaturierung des Gewässersystems der Wuhle, die Einleitung von Schwebstoffen in den Biesdorf-Marzahner Grenzgraben, die Wiedervernässung von Talabschnitten, die Rückgewinnung von Mooren und die Durchsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie beim Umbau südlich der B 1/5. Marzahn-Hellersdorf wächst wieder und wird zugleich älter. DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf wird sich diesen Herausforderungen auch im Hinblick auf Natur und Landschaft weiter stellen.

**Frank Beiersdorff**

### Internationale Gartenausstellung

Im April 2017 wird die Internationale Gartenausstellung (IGA) auf dem etwa 100 Hektar großen Gelände rund um Kienberg und Gärten der Welt eröffnet werden. An den 170 Öffnungstagen werden über zwei Millionen Besucher\*innen in unserem Bezirk Marzahn-Hellersdorf erwartet.

## Gemeinsam für ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf!

Der Bürgerhaushalt 2015 hat es wieder einmal deutlich gezeigt: Die Marzahn-Hellersdorfer\*innen fordern weiterhin ein Freibad für ihren Bezirk. Einzigartig in Berlin, gibt es am östlichen Stadtrand eine solche Einrichtung nicht. Dabei wusste der Berliner Magistrat schon bei der Entstehung der Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf in den 1980er Jahren, dass die Bürgerinnen und Bürger auch hier im Sommer

gern baden gehen wollen. Zum einen gab es den Plan, einen der drei Kaulsdorfer Seen dafür zu nutzen und so die beiden anderen zu schützen. Zum anderen wurden Überlegungen laut, auch in der Großsiedlung ein sommerliches Baden zu ermöglichen. Letzteres wurde jedoch nie konkret.

Für die Linksfraktion bleibt die Einrichtung eines Freibades am Mahlsdorfer Elsensee eine realistische Option. Die Eigentümerin des Sees möchte seit Jahren eine Wasserkianlage errichten. Stadträte der LINKEN haben darauf bestanden, dies dann zu unterstützen, wenn auch eine Badestelle eingerichtet werden würde. Damit war die Eigentümerin einverstanden.

Wegen des möglichen Lärms stießen diese Pläne nicht unbedingt auf Gegenliebe bei den Anwohner\*innen des Sees. Es wird jedoch kaum möglich sein, ein Freibad in einem dicht bebauten Gebiet wie Marzahn-Hellersdorf zu errichten, ohne dass es auch Einschränkungen

gibt. Auch ohne offizielles Freibad wird am „Kaula“ gebadet – allerdings ohne Rettungsschwimmer\*in, Toiletten und Abfallbeseitigung. Ein Freibad würde diese Nachteile beheben und den Schutz der beiden anderen Seen – und somit auch des Trinkwasserschutzgebietes – ermöglichen.

SPD, CDU und Bündnisgrüne haben jedoch ohne weitere Prüfung diese Option verworfen und damit einen realistischen Weg für ein Freibad verbaut. Die einen aus vermeintlich ökologischen Gründen, die anderen für die Ruhe der Anwohner\*innen. Die Besitzerin des Sees hat nunmehr den Klageweg bestritten – mit guten Aussichten auf Erfolg: Die Wasserkianlage könnte gebaut werden, was auch wieder die Badeoption auf den Tisch bringt.

Die Berliner Bäderbetriebe (BBB) haben erst jüngst deutlich gemacht, dass Marzahn-Hellersdorf für sie keine Rolle spielt. Auch die Mitgliedschaft des Bezirksbürgermeisters Komoß (SPD) im Aufsichtsrat



### Kräutergarten erhalten!

Kräutergärten stellen ein wichtiges Instrument der Kinder- und Jugend-Umweltbildung dar und gehören aus Sicht der Linksfraktion zu einem guten Bildungsangebot. Einer dieser Gärten im Bezirk ist über zehn Jahre mit viel Liebe vom Verein „Grünes Haus für Hellersdorf“ aufgebaut und gepflegt worden. Der Verein mit Sitz in der Boizenburger Straße im nördlichen Hellersdorf betreibt eine ehemalige Kindertagesstätte als Ort der Begegnung für Jung und Alt mit vorrangig ökologischen Angeboten. Der Kräutergarten orientierte sich an den Lehren der Hildegard von Bingen und bot Kindern und Schulklassen, aber auch Erwachsenen Einblicke in die mittelalterliche Kräuterheilkunde, die sich heutzutage einer großen Nachfrage erfreut. Der Garten wurde 2004 mit Fördermitteln im sechsstelligen Bereich geschaffen und fertiggestellt. 2013 gab das Bezirksamt die Fläche jedoch an den Liegenschaftsfonds des Landes Berlin zum Verkauf ab – seitdem verfällt der Garten. Seitens des Investors sind noch keine Baumaßnahmen auf der Fläche erfolgt.

Die Linksfraktion hat sich in der Bezirksverordnetenversammlung dafür stark gemacht, dem Verein eine Ersatzfläche für die Erneuerung dieses gut genutzten und ökologisch sinnvollen Angebots zur Verfügung zu stellen. Dazu brachte DIE LINKE einen Prüfantrag ein, dem außer der Piratenpartei keine Fraktion zustimmen wollte. Besonders erstaunlich ist das Abstimmungsverhalten der Bündnisgrünen, die keinen Bedarf für dieses ökologische Angebot der Umweltbildung sehen. Im Februar hat die Linksfraktion eine erneute Initiative für den Kräutergarten gestartet. Im Ausschuss wurde der Antrag zunächst vertagt. Wir bleiben an diesem Thema dran.

**Janine Behrens**

der BBB hat bisher keine positive Auswirkung.

DIE LINKE hat den anderen Fraktionen Gespräche darüber angeboten, einen gemeinsamen Vorschlag gegenüber dem Senat auszuarbeiten, wie der Bezirk zu einem Freibad kommen kann. Hierbei sollten alle Möglichkeiten auf den Prüfstand: der Ausbau eines bestehenden Bades, ein Neubau und die Errichtung eines Freibades an einem der Seen im Süden des Bezirkes.

**Bjoern Tielebein**



## Kurz und knapp: Von der Arbeit der Linksfraktion

Auf dieser Seite finden Sie eine kleine Auswahl von Initiativen, mit denen sich die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf durchgesetzt hat oder beschäftigt.

## Akteursrunde Mahlsdorf fortführen!

Die Akteursrunde Mahlsdorf leistet einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung von Vorstellungen zur weiteren städtebaulichen Entwicklung im Ortskern Mahlsdorf und ist dabei eine gelungene Form der Bürgerbeteiligung und Einbeziehung externen Sachverständigen. Unabhängig von der Planung eines Einkaufszentrums, gibt es in den nächsten Jahren weitere Vorhaben im Ortskern, bei denen bürgerschaftliche Begleitung und Engagement notwendig sind.

Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE erfolgreich einen Antrag zur Fortführung der Akteursrunde Mahlsdorf in die BVV Marzahn-Hellersdorf eingebracht. Bei der Umsetzung hingegen gibt es allerdings noch Nachholbedarf: Hier ist vor allem der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Christian Gräff (CDU) gefragt, die Einberufung der Akteursrunde zu organisieren und Sitzungen durchzuführen. BVV-Beschlüsse müssen umgesetzt werden und bürgerschaftliches Engagement darf nicht am Unwillen von Stadträten scheitern.

**Eberhard Roloff**



Antragseinbringer Eberhard Roloff ist Sprecher für Verkehrs- und Siedlungspolitik der Linksfraktion.

## IGA-Flächen nach 2017 wieder frei zugänglich

Die Linksfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass alle durch die IGA 2017 genutzten Flächen - darunter der Kienberg, der Jelena-Santic-Friedenspark und Teile des Wuhletals - außerhalb der heutigen „Gärten der Welt“ nach der Internationalen Gartenausstellung wieder öffentlich, uneingeschränkt und entgeltfrei zugänglich sind. Unser Antrag dazu wurde in der BVV-Sitzung im Februar 2014 beschlossen. Das Wuhletal und der Kienberg haben sich in den letzten Jahrzehnten zum Ort der naturnahen Erholung und des Sports entwickelt und sind Teil der lokalen Identität. Daher muss dieser Raum den Anwohnerinnen und Anwohnern und ihren Gästen auch weiterhin öffentlich, kostenlos und ohne Beschränkungen zugänglich bleiben. Auch das Peace-Zeichen im Jelena-Santic-Friedenspark, das wir als Fraktion mit vielen Helfer\*innen im vergangenen Jahr pflegten, bleibt während und nach der IGA 2017 als Symbol für Frieden und einen offenen Bezirk bestehen.

**Frank Beiersdorff**



Antragseinbringer Frank Beiersdorff ist Sprecher für Umweltpolitik der Linksfraktion.

**Solidarität.  
Demokratie.  
Zukunft.**

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf



## Das sind wir: Die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Wir sind mit 19 Verordneten die stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf und engagieren uns für einen lebens- und liebenswerten Bezirk für alle. Treten Sie gern mit uns in Kontakt. Wir haben immer ein offenes Ohr für Ihr Anliegen. Wenn Sie monatlich über unsere Arbeit informiert werden möchten, abonnieren Sie unseren Newsletter unter:

[newsletter.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://newsletter.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

## Für sichere Schulwege – Hinweisschild „Vorsicht Schule“ aufgestellt

Für uns sind sichere Schulwege ein wichtiges Anliegen. Damit Kinder wohnortnah zur Schule gehen können, machen wir uns für die Einrichtung weiterer Schulstandorte im Bezirk stark. Solange der schon seit vielen Jahren geplante Schulneubau am Habichtshorst noch immer nicht realisiert ist, haben wir einen Schulbus für die Kinder des Kiezes gefordert. Sie müssen zurzeit weite Schulwege an gefährlichen Straßen zurücklegen. Leider weigerten sich Verordnete von CDU und SPD, eine solche Variante überhaupt zu prüfen und lehnten unseren Antrag ab. Wir geben uns damit nicht zufrieden und werden uns weiterhin für kurze und sichere Schulwege starkmachen. Gelungen ist uns dies am Wilhelm-von-Siemens-

Gymnasium. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass vor der Gefahrenstelle an der stark befahrenen Allee der Kosmonauten endlich ein Hinweisschild „Vorsicht Schule“ aufgestellt wird.

**Sarah Fingarow**



Antragseinbringerin Sarah Fingarow ist Sprecherin für Bildungs- und Gleichstellungspolitik der Linksfraktion.

## Brunnen am Fred-Löwenberg-Platz erhält endlich Frischwasseranschluss

Noch in diesem Jahr wird der Brunnen am Fred-Löwenberg-Platz einen Frischwasseranschluss erhalten. Dafür hat sich die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf erfolgreich eingesetzt. Seit seiner Einrichtung im Jahre 2012 befand sich der Brunnen am Fred-Löwenberg-Platz in einem unansehnlichen Zustand. Es hatte sich herausgestellt, dass die für den Brunnen installierte Enteisungsanlage nicht ausreichend war und der Platz durch das geförderte Wasser stark

verschmutzt wurde. Um die Attraktivität des Platzes wiederherzustellen und die Wohn- und Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern, haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Bezirksamt dieses Problem vor Ort lösen muss. Das Bezirksamt hat nun erklärt, dass der Brunnen noch in diesem Jahr einen Frischwasseranschluss bekommen soll. Wir hoffen, dass der Brunnen zeitnah wieder in Betrieb genommen werden kann.

**Kristian Ronneburg**



Antragseinbringer Kristian Ronneburg ist Sprecher für Integrationspolitik der Linksfraktion.

## Impressum

DIE LINKE. Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Altes Marzahner Rathaus  
Helene-Weigel-Platz 8  
12681 Berlin

V.i.S.d.P.: Bjoern Tielebein

Satz und Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bilder: Eigene Darstellungen, wenn nicht anders gekennzeichnet.

[www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)

[www.facebook.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf](https://www.facebook.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf)